

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterbestimmte Blatt.

Postkassentor:
Dresden 1530.
Strohkassett:
Riesa Nr. 52.

Nr. 205.

Donnerstag, 1. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg RM. 2.14 einschließlich (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-
erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und
Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschicht-Beile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameseile 100 Gold-Pfennige; getraubender und
tabellarischer Satz 50%, Kullschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungen und
Erfüllungsart: Riesa, wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Ergänzer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferantien
oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Notationsdruck und Verlag: Kanitz & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Volk — Staat — Regierung.

Zwischen den Entscheidungen.

Wenn man die im Verlauf der parlamentarischen Vorgänge am 30. August getretenen Entwicklungen, insbesondere das tatsächliche Zusammenwirken zwischen Nationalsozialisten und Zentrum als eine endgültige Entscheidung betrachten will, was allerdings wohl zweifelhaft sein dürfte, so hat sich eine Klärung der Fronten im folgenden Sinne vollzogen; auf der einen Seite die Regierung, die ohne Bedenken hinsichtlich formaler Probleme den Tatsachen insoweit zu folgen gedenkt, auf der anderen Seite die Koalition aus Nationalsozialisten und Zentrum, die sich den Schutz der Verfassung und des parlamentarischen Regimes zur Aufgabe gemacht hat, auf der dritten Seite endlich das Volk, das noch keine Stellung genommen hat, das am Grundgedanken der Verfassung hängt, aber auch eine kraftvolle und vorwärtsstrebende Regierungsführung herbeisehnt und geneigt ist, Beweise des Mutes und der Entschlossenheit in dieser Hinsicht formalen Bedenken überwinden zu lassen. Die Tatsache, daß die stärksten Gegner des parlamentarischen Koalitionssystems, die Nationalsozialisten, jetzt plötzlich als Hüter der Verfassung neben dem Zentrum stehen, läßt deutlich genug erkennen, auf welcher brüchiger taktischer Basis diese merkwürdige Koalitionssfront steht. Ihr Zusammenhalt dürfte in dem Augenblick zerbrechen, wo praktisch politische Aufgaben an sie herangetragen werden, die ihr allerdings wohl erspart bleiben wird, nachdem Reichskanzler von Papen in dem Weltlauf nach Reuders geflohen ist.

Bezeichnenderweise macht sich die Auffassung, daß es im Augenblick nicht mehr um Verfassungsartikel und staatsrechtliche Probleme, sondern um praktische Führung geht, bis tief in die Kreise der Parteien hinein geltend, die sonst unerschütterlich auf dem Boden der Verfassung standen. Vielfach hört man aus Kreisen, die in den verflochtenen Fäden auf das enge mit dem Zentrum zusammengearbeitet haben, sehr ernste Bedenken in der Richtung, daß der Preis, den das Zentrum durch das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten für die rein formale Augenblicksaufgabe der Verteidigung der Verfassung u. des Parlaments zu zahlen sich entschlossen hat, sehr hoch und selbst für den moralischen Kredit des Zentrums schwer tragbar ist, zumal das Zentrum und seine neuen Freunde dem großen Programm der Regierung Papen nicht einmal Andeutungen eines Gegenprogrammes gegenüberstellen können.

Es kann auch als ausgeschlossen gelten, daß vor der nächsten fälligen Entscheidung, die wahrscheinlich schon anfänglich des Wiederzusammentretens des Reichstags in der kommenden Woche fallen wird, ein solches Gegenprogramm zustande kommt. Das Gebot der Stunde aber heißt: Räches dandeln. So hat Reichskanzler von Papen einen kaum wieder aufzufüllenden Vorrat, bei dessen Ausnutzung er äußerstenfalls durch eine grundsätzliche und höchst unwahrscheinliche Wendung in der Haltung des Reichspräsidenten gehindert werden könnte. Welche Argumente auch das neue Reichstagspräsidium bei seiner Präsentation vor die Bundversammlung geltend macht, — die rein formale Tatsache des Bestehens einer arbeitsfähigen Mehrheit, die sich bisher erst bei dem rein formalen Akt der Wahl des Reichstagspräsidenten bewährt hat, bedeutet noch nicht das Bestehen effektiver Arbeitsmöglichkeiten. Hieran aber kommt es an.

Von diesen Gesichtspunkten aus müssen wohl oder übel vorläufig alle Gerüchte über die nächsten taktischen Maßnahmen der einen oder der anderen Seite betrachtet werden. Zunächst wird man beiderseits versuchen, Zeit zu gewinnen, und was insbesondere die Haltung der neuen nationalen Koalition im Reichstag angeht, so kann sie einen Aktionsplan nicht aufstellen, bevor nicht die neue Notverordnung der Reichsregierung bekannt ist. Wird die Reichsregierung versuchen, unter Appell an die Rücksicht auf die realen Notwendigkeiten die Koalition bedingungslos zur Befolgung der Papenschen Pläne zu bringen? Oder wird sie das Problem: „Reichstag“ zu erledigen trachten, um dann erst mit der Notverordnung hervorzutreten? Wird man sich bei Nationalsozialisten und im Zentrum noch in letzter Stunde um die Aufstellung eines Gegenprogramms bemühen? — Man täusche sich nicht: Der alte Spruch „Zeit gewonnen, alles gewonnen!“ war nie unzutreffender als jetzt. Das Volk will eine Regierung, die den Kampf mit der Not aufnimmt. Die Not ist so weit gediehen, daß man kaum mehr danach fragt, wie eine solche Regierung heißt, vorausgesetzt, daß man wirklich Leben sieht.

Deutsch-Sozialistische Arbeiterpartei.

103. Berlin. Ueber eine neue Parteigründung wird von der Deutsch-Sozialistischen Arbeiterpartei mitgeteilt: Teile der außerhalb der DSAAP stehenden nationalsozialistischen Opposition vollzogen auf einer am Sonnabend und Sonntag in Dresden abgehaltenen Tagung die Gründung der Deutsch-Sozialistischen Arbeiterpartei (DSAP). Es wurde beschlossen, spätestens bis Mitte September eine eigene Wochenzeitung „Der Deutsche Weg“ in Berlin erscheinen zu lassen und Mitte Oktober auf einem Kongress die programmatischen und taktischen Richtlinien festzulegen. Zum Herausgeber der Zeitung wurde Wilhelm Altes-Derlin, zum Hauptschriftleiter Arno Franke-Dresden bestimmt. Die neue Partei soll mit der Dr.-Lito-Strassers- und Stennes-Gruppe nichts zu tun haben.

Ende des Burgfriedens.

Keine Verlängerung. — Poilsische Befriedung. — Der Erfolg der Reichsregierung.

11 Berlin. Es verdient registriert zu werden, daß heute am Mittwoch der politische Burgfriede abgelassen ist. Die Reichsregierung hat ihn nicht verlängert; eine Verlängerung war auch ursprünglich nur für den Eventualfall in Aussicht genommen, daß die innerpolitische Situation sie dringend notwendig machte. Es ist aber zweifellos eine sehr harte Beruhigung in der Richtung zu verzeichnen, daß die politischen Terrorakte, Zusammenstöße und sonstigen Ausschreitungen bis zu einem Grade abgenommen haben, der mit dem Zustand zu Anfang des Monats August gar nicht zu vergleichen ist. Das wird in politischen Kreisen als ein Erfolg der Reichsregierung gewertet, der freilich kaum zu verzeichnen wäre, wenn mit der Tatsache des Burgfriedens nicht auch die sehr energischen Maßnahmen verbunden gewesen wären, mit denen die Regierung gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgegangen ist. Im ganzen hat der Burgfriede während des gesamten Monats August gedauert. Das Reichskabinett hatte ihn gleich nach der Wahl vom 31. Juli zunächst bis zum 10. August beschlossen, damit der Unruhe des Wahlkampfes zunächst einmal eine Periode der Befriedung folge. Die

Entwicklung der Verhältnisse zwang aber zu der Verlängerung, von der nur der Verfassungstag ausgenommen wurde. Uebigens wird sich die preussische Regierung wahrscheinlich am Freitag mit der Frage der Verabschiedung der 3 Verurteilungen von Beuthen befassen. Ohne daß der sachliche Entscheidung vorgearbeitet werden kann, die entsprechend der Münchener Rede des Kanzlers nach Recht und Gerechtigkeit erfolgen soll, erwartet man in politischen Kreisen, daß die innere Beruhigung und Befriedung weitere Fortschritte machen wird, wenn auch die Beuthener Frage geregelt worden ist. Gleich am ersten Tage nach dem Ende des Burgfriedens werden die Nationalsozialisten in Berlin im Sportpalast eine große Kundgebung veranstalten, auf der auch Hitler sprechen soll. Gewiß wird die Versammlungstätigkeit nach dem Fortfall der einengenden Bestimmungen auch im ganzen wieder lebhafter werden. Die Parteien haben aber selbst ein Interesse daran, sie innerhalb eines sachlichen Rahmens abzuwickeln, damit die Reichsregierung nicht gezwungen ist, erneut zu einschränkenden Bestimmungen zu greifen.

Das Krisentief erreicht.

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur Ende August 1932.

11 Berlin. Das Institut für Konjunkturforschung faßt auf Grund seiner Untersuchungen sein Urteil über die Weltkonjunktur Ende August 1932 folgendermaßen zusammen:

Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter schrumpfen, treten auf der Geldseite der Wirtschaft erstmalig in breiter Front Anzeichen zu einem Tendenzumschwung hervor. Die Weltmarktpreise ziehen fast allgemein an. Auch die Großhandelsindizes der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Tendenz. Die Rohstoffvorräte nehmen im ganzen nicht mehr zu. Der Rückgang des Welthandels hat sich verlangsamt; der Wertung der Vertrauenskrise und der fortschreitende Entschärfungsprozess der Banken hat die Flüssigkeit der Weltmärkte soweit erhöht, daß jetzt Mittel auch auf den Kapitalmarkt überfließen. Ausdruck hierfür ist die Daulie an den Renten- und Aktienmärkten. In den beiden angestrichelten Ländern ist der Entspannungsprozess bereits soweit vorgeschritten, daß gewisse Rückwirkungen auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirtschaft in absehbarer Zeit wahrscheinlich sind. In den von künftigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanzkrisen niedergeschlagenen Schuldnerländern Europas ist die Entschärfung noch so gering, daß entscheidende Besserungstendenzen nicht zu erwarten sind. Dennoch dürfte die Weltwirtschaft als Ganzes sich unneher anschicken, das Krisentief zu überwinden.

Ueber die Konjunktur in Deutschland wird ausgeführt: Unter dem Einfluß der internationalen Vorgänge hat sich das Bild der Effekten- und Warenmärkte auch in Deutschland grundlegend gewandelt: Effektenumfrage und Effektenkurve sind gestiegen, die reagiblen Warenpreise haben ihren Rückgang unterbrochen. An der restriktiven Wirkung der Kredit- und Preissituation ist wenig geändert. Auf der Güterseite der Wirtschaft blieben denn auch die Rückgangstendenzen vorherrschend. Produktion, Beschäftigung und Warenumsätze verharren in ihrer konjunkturellen Abwärtsbewegung. Das Tempo des Rückganges war aber zum Teil merklich verlangsamt. Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind, obwohl in Teilen der Weltwirtschaft in greifbarer Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. Denn eine Erhöhung der Investitionsstätigkeit aus privater Initiative kann unter den derzeitigen Umständen nicht erwartet werden, und der Abfall an Verbrauchsgütern und Exportwaren wird wegen schrumpfender Volkseinkommens und verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eher abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als allmähliche Einflüchtigung der Rückgänge in Abfall, Produktion und Beschäftigung erwartet werden.

Der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage.

Berlin. (Funkpruch.) Aus französischer Quelle sind gestern abend Nachrichten über eine Botschaft zwischen dem Reichsaussenminister und dem französischen Botschafter verbreitet worden, die am Montag hattgelunden habe. In den Nachrichten heißt es weiter, es sei eine Note übergeben worden, über deren Inhalt im einzelnen noch nichts gesagt werden könne.

Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, trifft die Meldung über die Botschaft am Montag zu. Es war mit der Gegenseite völlige Vertraulichkeit vereinbart worden, die von deutscher Seite streng gewahrt worden ist. Durch eine Indiskretion von der anderen Seite her ist zunächst die französische Öffentlichkeit auf die Botschaft aufmerksam gemacht worden.

Schon in Lausanne und Genf haben Botschaften über die Gleichberechtigungsforderung zwischen Deutschland, Frankreich und anderen Mächten stattgefunden. Im Verlaufe dieser Botschaften hat der Reichsaussenminister den französischen Botschafter zu sich gebeten, um eine Klärung über die Beurteilung des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage einzuleiten, wie das in Genf mit dem französischen Außenminister ausdrücklich vereinbart worden war. Minister von Neurath hat dem französischen Botschafter gegenüber den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage so vertreten, wie er immer von Deutschland vertreten worden ist. Um irgendwelche Mißverständnisse und Irrtümer auszuschließen, hat er dem französischen Botschafter noch eine schriftliche Zusammen-

fassung seiner mündlichen Darlegungen übergeben. Diese Zusammenfassung als Note oder als Memorandum zu bezeichnen, ist irreführend. Es handelt sich nur um eine lose Aufzeichnung der behandelten Gedanken.

Ueber den Inhalt der Darlegungen des Reichsaussenministers wird von unterrichteter Seite folgende Darstellung gegeben: Die Erklärungen des Reichsaussenministers gehen aus von der Resolution, die bei der Vertagung der Abrüstungskonferenz in Genf beschlossen worden ist. Diese Resolution enthält nichts über die Frage, ob die neuen Maßnahmen über die Abrüstung auch auf Deutschland Anwendung finden sollten. Aus diesem Grunde war es für Deutschland unmöglich, diese Resolution anzunehmen; es hat sie abgelehnt. Der Reichsaussenminister hat dem französischen Botschafter gegenüber betont, daß Deutschland die Berechtigung hat, eine Erklärung über seine Gleichberechtigungsansprüche zu verlangen. Deutschland hält an dem Standpunkt fest, daß die Abrüstung der anderen nach dem Rat der deutschen Abrüstung durchgeführt werden muß. Deutschland ist für eine möglichst allgemeine radikale Abrüstung. Diese Abrüstung könnte aber nur nach denselben Grundsätzen für alle Staaten durchgeführt werden. Die Maßnahmen, die in Deutschland ergriffen werden müßten, richten sich, wie der Reichswehrminister wiederholt dargelegt hat, nach der Art und dem Umfang der allgemeinen Abrüstung. Einzelheiten sind noch nicht durchgesprochen worden.

(Weitere Meldungen in der 1. Beilage.)

„Graf Zeppelin“ in Bernambuco eingetroffen.

Bernambuco. (Funkpruch.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute vormittags 7 Uhr 35 Greenwicher Zeit hier einastroffen.

Stillelegung der Nleder Hütte.

Hildesheim. (Funkpruch.) Die Nleder Hütte wird am 3. September stillgelegt, da alle Versuche, den Betrieb zur Zeit aufrechtzuerhalten, erschöpft sind. Von der Stillelegung werden über 1000 Arbeitnehmer betroffen.